

Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft.

Zur Geschichte und Wirkung

einer wirtschaftsgeschichtlichen Kontroverse

Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung 2001 der Ranke-Gesellschaft

Essen, 17.11.2001

von Albrecht Ritschl

Humboldt-Universität zu Berlin

Im März 1929 erschien im Deutschen Volkswirt, damals dem Fachblatt der liberalen Ökonomie in Deutschland, ein Artikel von Joseph Schumpeter über die „Grenzen der Lohnpolitik“. In diesem Beitrag führte Schumpeter aus, Deutschland befände sich wegen seiner hohen Lohnkosten und seiner Sozialpolitik bereits mitten in einer Depression, und er empfahl als Rezeptur eine Mischung von Lohn-, Preis und Budgetkürzungen, recht genau das, was später als Brüning's Deflationspolitik bekannt geworden ist¹.

Drei Jahre später, im Februar 1932, schrieb Schumpeter erneut im Deutschen Volkswirt, diesmal zum Thema „Weltkrise und Finanzpolitik“. Er legte dar, daß man jetzt noch nicht an leichteren Kredit denken könnte. Wegen der Reparationen müsse man zunächst erst noch weiter deflationieren, um danach „das Steuer radikal herumzuwerfen“ und zu einer Kreditexpansion zu kommen. Schumpeters nunmehrige Rezeptur war recht genau das, was später als produktive Kreditschöpfung bekannt geworden ist².

¹ J.A. Schumpeter, „Grenzen der Lohnpolitik.“, *Der deutsche Volkswirt* 3 Nr. 26 (18.03.1929) (1929), S. 847-851.

² J.A. Schumpeter, „Weltkrise und Finanzpolitik.“, *Der deutsche Volkswirt* 6 Nr. 23 (1932), S. 739-742. Zur produktiven Kreditschöpfung besonders: H. Dräger, *Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung*, 1934; W. Lautenbach, *Zins, Kredit und Produktion*, Tübingen 1952; W. Grotkopp, *Die grosse Krise*, Düsseldorf 1954; G. Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958. Aus dem neueren Schrifttum zur Genese der Arbeitsbeschaffung vgl. U. Kissenkoetter, *Gregor Strasser und die NSDAP*, Stuttgart 1978; A. Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936*, Frankfurt / M. 1982; K. Borchardt, „Zur Aufarbeitung der Vor- und Frühgeschichte des Keynesianismus in Deutschland. Zugleich ein Beitrag zur Position von W. Lautenbach.“, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Sta-*

Schumpeters zwei Aufsätze sind im Kern nicht anderes als die sogenannte Borchardt-These. Wie die Borchardt-These hat auch die Schumpeter-These zwei Teile. Der erste Teil ist eine Kritik der Sozial- und Lohnpolitik vor der Weltwirtschaftskrise und gibt drastische Politikempfehlungen. Der zweite ist eine Verteidigung der Sparpolitik während der Krise und verspricht baldige Besserung. Damals haben solche Ansichten kaum zu Kontroversen geführt, zunächst jedenfalls nicht. Die Deflationpolitik wurde knurrend, aber mit inhaltlicher Überzeugung von allen halbwegs staatstragenden Parteien der Weimarer Republik gestützt. Sie begann nicht mit Heinrich Brüning, sondern fast ein Jahr zuvor, und sie endete nicht mit Heinrich Brüning, sondern fast ein Jahr danach. Man hat mit Recht von einem Deflationskonsens gesprochen. Woher dieser Konsens? Wie kommt es, daß Schumpeter diese Auffassungen vertrat? Warum empfahl er zuerst Deflation, später noch etwas mehr Deflation und danach einen radikalen Kurswechsel? Und was ist die Verbindung zur Borchardt-These?

In einem 1979 veröffentlichten Festvortrag vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vertrat Knut Borchardt die These, daß Brünings Deflationpolitik nicht das Ergebnis falscher Analyse oder finsterner Absichten gewesen sei, sondern die einzig mögliche Antwort auf ein Schuldenproblem der öffentlichen Haushalte. Die Regierung Brüning befand sich in einer Zwangslage. Dieses Schuldenproblem, so Borchardt, wurde verschlimmert und vertieft durch eine zu großzügige Lohn- und Sozialpolitik der Weimarer Republik vor 1929³.

Borchardts von ihm selbst so bezeichnete Revision des überlieferten Geschichtsbilds rührte an einen Grundkonsens. Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes hatte in den dreißiger Jahren eine intellektuelle Revolution eingeleitet, die die Grundlagen der herrschenden Konjunkturlehren auf den Kopf stellte: Nicht Sparen, sondern Geldausgeben wurde zur Devise für die öffentlichen Kassen in der Krise, und

tistik 197 (1982), S. 359-370; sowie K. Borchardt und O. Schötz, *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich-List- Gesellschaft im September 1931 über die Möglichkeit und Folgen einer Kreditausweitung*, Baden-Baden 1987. Eine einflußreiche Dokumentensammlung und Dokumentation der frühkeynesianischen Arbeiten in Deutschland ist G. Bombach u.a., *Der Keynesianismus*, Berlin 1976. Ähnlich G. Garvy, "Keynes and the Economic Activists of pre-Hitler Germany.", *Journal of Political Economy* 83 (1975), S. 391-405.

³ K. Borchardt, "Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre", *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (1979), S. 85-132. Ähnlich K. Borchardt, "Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik." in: *Weimar, Selbstpreisgabe einer Demokratie: Eine Bilanz heute*, hrsg. von K.-D. Erdmann und H. Schulze, Düsseldorf 1980, S. 211-249.

das Credo der Zentralbanken sollte nicht mehr die Stabilität des Geldwerts, sondern ebenfalls die Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sein. Keynes' Lehren herrschten seit den vierziger Jahren unangefochten und bildeten die Basis für einen Grundkonsens unter Volkswirten und Historikern über die Beurteilung Brünings. Danach war sein Versuch einer Stabilisierung durch Deflation und Haushaltskonsolidierung grundfalsch und hat zur wirtschaftlichen Destabilisierung der Weimarer Republik wesentlich beigetragen⁴. Diesen Konsens kündigte Borchardts Arbeit auf.

Überraschenderweise hat Borchardt nur zum Teil dazu beigetragen, das Warum seiner Thesen zu erklären. Er beschränkte sich weitgehend auf die Präsentation detaillierter empirischer Belege für seine Behauptung, daß eine Ausweitung der Reichverschuldung während der Krise als nicht machbar verworfen wurde und die Sparpolitik eine direkte Folge mangelnden Zugangs zu Krediten war. Borchardts Deutungsangebote haben dagegen zunächst Rätsel aufgegeben. Hohe Lohnkosten, hohe Sozialleistungen und niedrige Investitionen während der zwanziger Jahre verband er zu einer „Krise vor der Krise“ und diagnostizierte eine „kranke Wirtschaft“ Weimars schon vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise⁵. Dabei blieb allerdings undeutlich, wie damit eine Kreditklemme der öffentlichen Haushalte in der Weltwirtschaftskrise erklärt werden konnte.

Kritiker haben hier rasch eine Lücke erkannt und den Schluß gezogen, daß die Borchardt-These konzeptionell falsch sein müsse. Prononciert argumentierte in diese Richtung Holtfrerich und wies auf eine fehlende analytische Stringenz der Zwangslagenthese hin⁶. In der Tat besagt ein Standardergebnis der keynesianischen Konjunktur-

⁴ Einflußreich bei der Herausbildung dieser Interpretation waren etwa G. Haberler, *Prosperity and Depression*, Genf 1937; in Deutschland z.B. Lautenbach, *Zins, Kredit und Produktion*; L.A. Hahn, *Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation*, Tübingen 1963; sowie R. Stucken, *Deutsche Geldpolitik 1918-1961*, Tübingen 1964. Emblematisch auch die Beiträge in der Festschrift der Deutschen Bundesbank *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen, 1876-1975*, Frankfurt 1976, zur hundertjährigen Wiederkehr der Gründung der Reichsbank. Paradigmenbildend unter Historikern besonders H. Sanmann, „Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning.“, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 10 (1965), S. 109-140; und W. Conze, „Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929-1933.“ in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, hrsg. von W. Conze und H. Raupach, Stuttgart 1967, S. 176-252. Vollständig ausgebildet findet sich der Konsens in den Beiträgen zu H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf, 1974; sowie bei W. Jochmann, „Brünings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik.“ in: *Industrielle Gesellschaft und politisches System*, hrsg. von D. Stegmann, u. a., Düsseldorf 1978, S. 97-112

⁵ Vgl. K. Borchardt, „Wirtschaftliche Ursachen ...“.

⁶ Vgl. C.-L. Holtfrerich, „Alternativen zu Brünings Politik in der Weltwirtschaftskrise?“, *Historische Zeitschrift* 235 (1982), S. 605-631, ebenso C.-L. Holtfrerich, „Zur Debatte um die deutsche Wirtschaftspolitik von Weimar zu Hitler.“, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 44 (1996), S. 119-132.

lehre, das sich in jedem Lehrbuch der sechziger und siebziger Jahre findet, daß bei richtigem Zusammenwirken von Geldpolitik und Fiskalpolitik keine Knappheit des öffentlichen Kredits und auch keine Deflation auftreten wird: Der öffentliche Kredit finanziert sich bei richtig dosierter Ausweitung der Geldmenge gleichsam von selbst. Eine Zwangslage des öffentlichen Kredits in der Weltwirtschaftskrise konnte also nur auftreten, wenn diese Grundgegebenheit nicht berücksichtigt wurde, mithin wenn die Politik einen groben Anfängerfehler beging⁷.

Rasch wurde in der beginnenden Debatte ein tagespolitischer Zusammenhang sichtbar, der für einige Zeit in den Vordergrund trat. Am Ende der siebziger Jahre stritt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bekannt als die Fünf Weisen, gegen Defizite in den öffentlichen Haushalten und hohe Lohnkosten und entwickelte das Konzept der kumulierten Reallohnposition, ein Maß für die Bewegung der Lohnstückkosten⁸. Borchardt verwendete diese Ziffern⁹. Sein Aufsatz zeigte eine Übersicht zu den Lohnkosten, in der die Weimarer Republik im langfristigen Vergleich sehr ungünstig herauskam – genauso ungünstig wie die Bundesrepublik der späten siebziger Jahre.

Für manche Kritiker war damit der Kontext klar: Borchardts Aufsatz war offensichtlich ein Beitrag zur politischen Debatte. Seine neue Interpretation der Krise schien von der zugrundegelegten Angebotstheorie abzuhängen. In einem Zeitungsartikel stellte Borchardt den tagespolitischen Zusammenhang selbst explizit her¹⁰. Hier stand der Zusammenhang zwischen hohen Lohnkosten und einer Investitionsschwäche Weimars im Vordergrund. Ganz ähnlich hatte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsminister unter Mitwirkung Borchardts in einem kurz zuvor erschie-

⁷ Zentrale Fundorte zum weiteren Verlauf sind H.G. James, "Gab es eine Alternative zur Wirtschaftspolitik Brünnings?", *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 70 (1983), S. 523-541, sowie K. Borchardt, "Noch einmal: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik?", *Historische Zeitschrift* 237 (1983), S. 67-83; die Beiträge der Kontrahenten in J.v. Kruedener (Hrsg.), *Economic Crisis and Political Collapse: The Weimar Republic, 1924-1933*, Oxford 1990; sowie der Rückblick auf die Debatte bei C.-L. Holtfrerich, "Zur Debatte um die deutsche Wirtschaftspolitik ...".

⁸ Besonders: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten 1978/9, "Wachstum und Währung"*, Stuttgart 1978. Eine zeitgenössische kritische Diskussion der damaligen Konzepte des Sachverständigenrats aus keynesianischer Sicht gibt W. Meissner, *Die Lehre der Fünf Weisen. Eine Auseinandersetzung mit den Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Köln 1980.

⁹ K. Borchardt, "Zwangslagen und Handlungsspielräume ..." entnahm seine Zeitreihe der kumulierten Reallohnposition von H. Glismann, et al., "Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung.", *Kieler Diskussionsbeiträge* Nr. 55 (1978), einer im Kieler Weltwirtschaftlichen Institut entstandenen Langzeitstudie, deren Ziel die empirische Überprüfung der Meßkonzepte des Sachverständigenrats war.

¹⁰ K. Borchardt, "Die Deutsche Katastrophe. Wirtschaftshistorische Anmerkungen zum 30. Januar 1933", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.1.1983.

nenen Gutachten einen Zusammenhang zwischen hohen Lohnkosten, den Verdrängungseffekten der hohen öffentlichen Haushaltsdefizite und der Investitionsschwäche der siebziger Jahre betont¹¹.

So konnte es naheliegen, den tagespolitischen Kontext der Borchardt-These stärker zu diskutieren als das Argument selbst. Das ist in der nachfolgenden hitzigen Debatte auch wirklich so geschehen. Manche Beiträge brandmarkten Borchardts Ansatz als „neokonservativ“ und versuchten, ihn als Versuch zur Apologie einer Umverteilung von unten nach oben zu delegitimieren¹². Besonnene Kritiker wiesen kritisch auf die angebotstheoretische Einkleidung des Arguments hin, versuchten allerdings den Nachweis, daß Borchardts These auch dann nicht richtig sei, wenn die angebotstheoretische Deutung zuträfe. In einem zentralen Aufsatz hielt Holtfrerich der Borchardt-These entgegen, daß die Lohnkosten in der Weimarer Zeit bei richtiger Berechnung nicht höher gelegen hätten als 1913¹³. Einige Jahre zuvor hatte Kocka argumentiert, daß die Kriegswirtschaft der Ersten Weltkriegs eine Umverteilung von unten nach oben mit sich gebracht hätte¹⁴. Die von Borchardt konstatierte Umverteilung von oben nach unten vor 1929 wäre demnach wenig mehr als eine späte Korrektur dieses Vorgangs.

Holtfrerichs Arbeit argumentierte mit anderen Daten zu Sozialprodukt und Industrieproduktion als den von Borchardt verwendeten. Das hat eine ganze Anzahl von Autoren auf den Plan gerufen, die sich um eine Nachberechnung mit weiteren Datenkorrekturen bemüht haben. v. Kruedener wies darauf hin, daß auch Holtfrerichs Zahlen eine starke Umverteilungstendenz während der zwanziger Jahre selbst belegen, wenn auch nicht relativ zum Vorkriegsstand¹⁵. In einem Vergleich der verschiedenen

¹¹ Wissenschaftlicher Beirat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Konjunkturpolitik neu betrachtet*, Bonn 1982.

¹² Beißende Polemiken in dieser Richtung bei C.-D. Krohn, „Ökonomische Zwangslagen' und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren“, *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 415-26; H. Köhler, „Knut Borchardts 'Revision des überlieferten Geschichtsbilds' der Wirtschaftspolitik in der Großen Krise - Eine Zwangsvorstellung?“, *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 19 (1983), S. 164-80. Vgl. die scharfe Replik von K. Borchardt, „Zum Scheitern eines produktiven Diskurses über das Scheitern der Weimarer Republik: Replik auf Claus-Dieter Krohns Diskussionsbemerkungen“, *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 124-137.

¹³ C.-L. Holtfrerich, „Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These.“, *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 122-141.

¹⁴ J. Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Göttingen 1978.

¹⁵ J.v. Kruedener, „Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat“, *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 358-376. Ähnliche Ergebnisse erhält D. Corbett, „Unemployment in Interwar Germany, 1924-1938.“ (Diss.), Harvard University, Cambridge 1991, in einer zu wenig beachteten Untersuchung über den Arbeitsmarkt in der Weimarer Republik.

Schätzungen von Hoffmann und Mitarbeitern, die allen Arbeiten in der einen oder anderen Form zugrundeliegen, zeigte Ritschl, daß Holtfreichs Ergebnisse auf einer besonders optimistischen Verlaufsvariante beruhen, deren Plausibilität fragwürdig ist¹⁶. Als Ergebnis einer längeren Diskussion um Zahlen und Fakten zu Investitionen und Löhnen¹⁷ scheint festzustehen, daß Borchardts Position sich durchgesetzt hat: Kaum noch jemand zweifelt heute an den hohen Lohnkosten und den niedrigen Investitionen – jedenfalls wenn man einmal den Staat beiseite läßt und nur die private Wirtschaft betrachtet¹⁸.

Allerdings ist nur selten ist die Frage gestellt worden, wie eigentlich Borchardts These von den Wachstumsstörungen in den zwanziger Jahren mit Borchardts These von den Zwangslagen der Konjunkturpolitik während der Krise zusammenhängt. Folgt aus der Diagnose einer Wachstumsschwäche in den zwanziger Jahren schon zwingend der katastrophale Einbruch in der Weltwirtschaftskrise, oder hätte es auch nach der „Krise vor der Krise“ einen milderen Verlauf der „Krise in der Krise“ geben können?

Geringe Investitionen und Umverteilung zugunsten der Arbeiterschaft gab es zur gleichen Zeit auch in England. Englands Wirtschaft während der zwanziger Jahre war gewiß krisengeschüttelt, und doch war der englische Krisenverlauf von 1929 bis 1932 viel milder als der deutsche: minus fünf Prozent gegenüber minus 25 Prozent im So-

¹⁶ W.G. Hoffmann und J.-H. Müller, *Das deutsche Volkseinkommen 1851-1957*, Tübingen 1959; W.G. Hoffmann u.a., *Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965; A. Ritschl, „Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfreichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1925-1932“, *Geschichte und Gesellschaft* 16 (1990), S. 375-402. Zu den Problemen der Sozialproduktstatistik Hoffmanns im einzelnen vgl. A. Ritschl und M. Spoerer, „Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktstatistiken 1901-1995“, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1997), S. 11-37; und A. Ritschl, „Measuring National Product in Germany, 1925-38: the State of the Debate and Some New Results.“ in: *Business Cycles since 1820*, hrsg. von T. Dick, Cheltenham 1998, S. 91-109.

¹⁷ T. Balderston, *The Origins and Course of the German Economic Crisis, 1924-1933*, Berlin 1993; H.-J. Voth, „Wages, Investment, and the Fate of the Weimar Republic: A Long-Term Perspective.“, *German History* (1993b), S. 265-92; H.J. Voth, „Much Ado about Nothing? A Note on Investment and Wage Pressure in Weimar Germany, 1925-1929.“, *Historical Social Research* 19 (1994), S. 124-139; M. Spoerer, „German Net Investment and the Cumulative Real Wage Position, 1925-1929: On a Premature Burial of the Brochardt Debate.“, *Historical Social Research* 19 (1994), S. 26-41; M. Spoerer, „„Wahre Bilanzen!“ Die Steuerbilanz als unternehmenshistorische Quelle.“, *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 40 (1995), S. 158-79.

¹⁸ Zur Bedeutung der öffentlichen Investitionen in den zwanziger Jahren vgl. C.-L. Holtfreich, „Ver-nachlässigte Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik.“ in: *Die deutsche Staatskrise 1930-1933*, hrsg. von H.A. Winkler, München 1991, S. 133-150.

zialprodukt¹⁹. Wir müssen also vermuten, daß auch andere Gründe mitgewirkt haben, denn die Angebotsbedingungen waren in Deutschland dieselben wie in England, der Krisenverlauf aber war völlig unterschiedlich.

Borchardts Ansatz lief darauf hinaus, die Krise der Weimarer Wirtschaft als Folge eines Verteilungskampfes zwischen Kapital und Arbeit zu sehen. Die Diskussion zur Konjunkturpolitik der Brüning-Zeit ist diesem Erklärungsangebot weitgehend gefolgt. Auch den Kritikern, gerade den vehementesten, erscheint die Krise nun als Verteilungskonflikt. Dann wäre die Brüningssche Sparpolitik als Instrumentalisierungsstrategie zur Umverteilung von unten nach oben entlarvt²⁰.

Damit ist allerdings der internationale Verteilungskonflikt zwischen Deutschland, seinen Reparationsgläubigern und seinen kommerziellen Kreditgebern ausgebleibdet worden. Das ist problematisch, denn noch heute besagt die populärste Deutung der Brüningsschen Sparpolitik, sie habe in einer bewußte Obstruktion der deutschen Reparationen bestanden²¹. Danach hat Brüning kaltblütig deflationiert und mit Absicht die

¹⁹ Hierzu im Detail S.N. Broadberry und A. Ritschl, "The Iron Twenties: Wages, Productivity, and the Lack of Prosperity in Britain and Germany before the Great Depression." in: *Zerrissene Zwischenkriegszeit, Festschrift Knut Borchardt*, hrsg. von C. Buchheim, M. Hutter und H. James, Baden-Baden 1994, S. 15-43.

²⁰ Vgl. hierzu C.-L. Holtfrerich, "Alternativen zu Brüningss Politik ...?"; sowie H. Hagemann, "Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung? Überlegungen zum Beitrag der 'Kieler Schule' in der beschäftigungspolitischen Diskussion am Ende der Weimarer Republik." in: *Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Festschrift Adolph Lowe*, hrsg. von H. Hagemann und H.D. Kurz, Bremen 1984, S. 97-129, und besonders B. Weisbrod, "Die Befreiung von den 'Tariffesseln', Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning.", *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 295-325. Umgekehrt ist in der Literatur untersucht worden, ob die staatliche Lohnschlichtung in der Weimarer Zeit vor der Krise die Gewerkschaften einseitig begünstigt hat oder nicht. Hierzu mit abweichenden Standpunkten J. Bähr, *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik*, Berlin 1989; sowie K. Borchardt und C. Zahn, "Zur Geschichte gewerkschaftlicher Lohnforderungen in den mittleren und späten Jahren der Weimarer Republik", *Volkswirtschaftliche Fakultät der Universität München* (1990), Discussion Paper Nr. 90-33. In der deutschen Diskussion zu wenig rezipiert: J. Svejnar, "Relative Wage Effects of Unions, Dictatorship and Codetermination: Economic Evidence from Germany.", *Review of Economics and Statistics* 63 (1981), S. 188-197.

²¹ Vgl. etwa H. Sanmann, "Daten und Alternativen ...", H. Köhler, "Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning.", *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), S. 276-307, H. Mommsen, "Heinrich Brüningss Politik als Reichskanzler: Das Scheitern eines politischen Alleinganges." in: *Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation*, hrsg. von K. Holl, Göttingen 1978, S. 16-45, W. Jochmann, "Brüningss Deflationspolitik ..."; W. Glashagen, *Die Reparationspolitik Heinrich Brüningss 1930-1931*, (Diss.), Bonn 1980; G. Schulz, "Reparationen und Krisenprobleme nach dem Wahlsieg der NSDAP 1930. Betrachtungen zur Regierung Brüning.", *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 67 (1980), S. 200-222. Abwägend P. Krüger, "Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung.", *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 21-47; P. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.

Krise verschärft, um den Young-Plan zu vereiteln. Neuerdings hat Hermann Graml diese Sichtweise wieder vorgetragen²².

Allerdings ist diese Interpretation nicht mehr auf dem neuesten Stand. Durch neuere Arbeiten zum Reparationsproblem, zum deutsch-französischen Verhältnis in der Krise und vor allem zur Politik und Ökonomie der amerikanischen Kreditvergabe an Deutschland hat sich unsere Wissensbasis gegenüber der Zeit der Borchardt-Debatte ganz wesentlich verbreitert²³. Danach wird man die vielen Hinweise auf die Reparationsthematik in Brüning's Politik sehr ernst nehmen müssen, allerdings mit ganz anderen Schlußfolgerungen als bisher, die nicht in Richtung einer Obstruktion gehen²⁴.

Eine Obstruktionsthese der Reparationen unter Brüning müßte plausible Antworten auf die Frage bereithalten, warum nicht schon nach der Stabilisierung der Mark 1924 eine ähnliche Politik betrieben wurde, ganz nach der Überzeugung mancher Entscheidungsträger, die beste Methode zur Vereitelung der Reparationsabkommen sei der Versuch ihrer Erfüllung. Die wechselnden Reparationsregimes in Deutschland entschieden über die Größe des im heimischen Verteilungskonflikt zu verteilenden Kuchens. Womöglich besteht ein Zusammenhang zwischen dem internationalen Konflikt um die deutschen Reparationen und dem heimischen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, die beide nach Art eines Nullsummenspiels ausgetragen wurden und einen wachstumspolitischen Konsens wie in der Nachkriegszeit verhindert haben. Für die Auseinandersetzungen der Zeitgenossen hat das Reparationsthema fraglos ein Leitmotiv dargestellt und die Handlungsspielräume und Zwangslagen der deutschen Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit dramatisch mitbestimmt²⁵.

²² H. Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler*, München 2001.

²³ Vgl. besonders K. Wurm, "Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden in der 20er Jahren" in: *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933*, hrsg. von G. Feldman, München 1985, S. 315-334, F. Knipping, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, München 1987, S. Schuker, *American Reparations to Germany, 1924-1933*, Princeton 1988, S. Schirmann, *Les relations économiques et financières franco-allemandes: 24 décembre 1932-1er septembre 1939*, Paris 1995, P. Heyde, *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929-1932*, Paderborn 1998, M. Wala, *Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Pittwitz und Graffon und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933*, Stuttgart 2001.

²⁴ So zuerst W. Helbich, *Die Reparationen in der Ära Brüning: Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932*, Berlin 1962; dessen Position gelegentlich zu Unrecht für eine Obstruktionsthese in Anspruch genommen worden ist. Hierzu Glashagen, *Reparationspolitik*. Zum folgenden Argumentationsgang ausführlicher: A. Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur, 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin 2002.

²⁵ Erinnert sei an die Auseinandersetzungen um die Geldpolitik Schachts im Angesicht des Dawes-Plans sowie die Polemik um die Annahme des Young-Plans und Schachts Rücktritt im Spätwinter 1930: A. Weber, *Hat Schacht recht? Die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Ausland*,

Nach dem Zweiten Weltkrieg lösten sich allerdings die Interpretationen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland von den vereinfachenden und politisch belasteten Gleichsetzungen mit der Reparationsfrage und begannen statt dessen, kritische Fragen an die Krisenpolitik auf deutscher Seite zu richten. Es mag der damaligen Stimmungslage entsprochen haben, in einer Zeit der diesmal erfolgreichen, von Reparationen wenig belasteten Integration Westdeutschlands in die Weltwirtschaft die Reparationsthematik als ganzes inhaltlich abzuwerten und damit gleichsam emotional zu entlasten. Dem neuen Geschichtsbild stand in der Person des vergangenen Kanzlers Heinrich Brüning eine zur Verkörperung des Überholten fast ideal geeignete Figur zur Verfügung. Bis heute erscheinen Arbeiten, die zwischen Brünings asketischer Persönlichkeit, seinem reaktionären preußisch-kaiserlichen Offizierethos und seinem wirtschaftspolitischen Sparkurs psycho-historische Zusammenhänge hergestellt haben²⁶. Allerdings ist die neuere deutsche Literatur in ihrer Fixierung auf Brüning und dem Bestreben, die Weimarer Konjunktur allein innenpolitisch zu erklären, vermutlich ein Stück weit über das Ziel hinausgeschossen. Zu deutlich scheint uns, daß Wechselbeziehungen zwischen der Reparationsfrage und der Politik und Konjunkturlage der Weimarer Republik bestanden, nicht allein auf der Perzeptionsebene und im politischen Diskurs, sondern als echte ökonomische Randbedingung, die für die politischen Entscheidungsträger nicht ohne weiteres aufzuheben war.

Arbeiten zur Amerikaorientierung der deutschen Politik in der Periode des Dawes-Plans haben betont, daß Deutschlands Sonderkonjunktur des Dawes-Plans auf einem amerikanischen Kreditsegen beruhte und dieser wiederum auf einem ausgeklügelten Schutzmechanismus, der den kommerziellen Krediten an Deutschland faktischen Vorrang verschaffte vor den Reparationszahlungen²⁷. Obwohl durch die Reparationen ein eigentlich riskanter und nur sehr begrenzt kreditwürdiger Schuldner, hatte Deutschland auf einmal wieder Kredit und nutzte ihn – kein Wunder – überreichlich aus. Als

München 1928; H. Schacht, *Das Ende der Reparationen*, Oldenburg 1932; zur Einordnung H.G. James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936*, Stuttgart 1988; sowie W.C. McNeil, *American Money and the Weimar Republic*, New York 1986.

²⁶ H. Brüning, *Memoiren*, (posthum:) Stuttgart 1970 hat diesem Bild in seinen Memoiren im übrigen durchaus Vorschub geleistet. Zur Bestätigung dieses Bildes F. Müller, *Die 'Brüning Papers'. Der letzte Zentrumskanzler im Spiegel seiner Selbstzeugnisse*, Frankfurt/ M 1983, S. Schuker, "Ambivalent Exile: Heinrich Brüning and America's Good War." in: *Zerrissene Zwischenkriegszeit, Festschrift Knut Borchardt*, hrsg. von C. Buchheim, M. Hutter und H. James, Baden-Baden 1994, S. 329-356 und jüngst H. Hömig, *Brüning. Kanzler in der Krise der Republik*, Paderborn 2000.

²⁷ Vgl. hierzu schon W. Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32*, Düsseldorf 1970; darauf aufbauend W.C. McNeil, *American Money*; sowie vor allem S. Schuker, *American Reparations*.

Folge davon wurden die Reparationen zwar geleistet – Devisenklemmen traten wegen des reichlichen Angebots von Auslandskrediten nicht auf –, aber nicht aus echten Überschüssen des Außenhandels. Diese Reparationszahlung auf Kredit hat Deutschland während der späten 20er Jahre eine wirtschaftliche Scheinblüte beschert. Die künstliche Konjunktur bedingte eine Ausdehnung der öffentlichen Haushalte und ihrer sozialen Leistungen und ermöglichte höhere Löhne und eine leichtere Geldpolitik, als dies bei ausgeglichener Zahlungsbilanz und einem echten Reparationstransfer aus Überschüssen möglich gewesen wäre. Die oben so bezeichnete Borchardt-These I von der „kranken“ Weimarer Wirtschaft der 20er Jahre beschreibt augenscheinlich nichts anderes als die binnenwirtschaftlichen Begleiterscheinungen dieser Konjunktur auf Pump: Wenn einmal die geborgte Konjunktur an ein Ende kam, mußten sich die Verzerrungen in der deutschen Volkswirtschaft um so stärker auswirken und die Krise über das normale Maß hinaus verschlimmern.

Nach scharfer Kritik des Reparationsagenten an den Wohlfahrtsausgaben, der Beamtenbesoldung, den Sportstadien, Schwimmbädern, Genossenschaftswohnungen und dergleichen mehr wurden im Young-Plan von 1929 die Zahlungsbedingungen für die Reparationen drastisch verschärft, und rasch kamen die Ausleihungen an Deutschland zum Stillstand²⁸. Zurückgeworfen auf die harten Realitäten des Reparationsverfahrens im Young-Plan und zusätzlich belastet um die Zeche für den Auslandskredittausch des Dawes-Plans, befand sich Deutschland seit Mitte 1929 hart am Rande einer auswärtigen Schuldenkrise²⁹.

Die Notwendigkeit, nun hohe Überschüsse der Handelsbilanz zu erwirtschaften, hat den Zwang zu einer Austeritätspolitik begründet und es damit unmöglich gemacht, durch erhöhte öffentliche Kreditnahme oder leichtere Geldpolitik der Depression zu entgehen. Die Handlungszwänge dieser Austeritätspolitik unter dem Young-Plan sind der Grund für die Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte, während der Weltwirtschaftskrise Kredit zu erlangen. Die Borchardt-These II von den mangelnden Hand-

²⁸ Zu den Zusammenhängen zwischen der Kritik des Reparationsagenten und der deutschen Finanzpolitik vgl. besonders H.G. James, *The Reichsbank and Public Finance in Germany, 1924-1933: A Study of the Politics of Economics during the Great Depression*, Frankfurt am Main 1985.

²⁹ Vgl. zur Finanzpolitik des Jahres 1929 im einzelnen: U. Bachmann, *Reichskasse und öffentlicher Kredit in der Weimarer Republik 1924-1932*, Frankfurt am Main 1996.

lungsspielräumen für eine aktive Konjunkturpolitik während der Krise beschreibt die binnenwirtschaftlichen Effekte dieser Zwickmühle³⁰.

Mitte 1931 brach die latente Krise offen aus, nur mühsam beherrscht durch das Hoover-Moratorium, die Stillhaltung und verzweifelte, weitere Deflationsmaßnahmen. Deutschlands Weg durch die Jahre 1929 bis 1932 unterscheidet sich von den heutigen Schuldenkrisen, Austeritätspolitiken und Währungskrisen in nichts, mit der Ausnahme einiger technischer Details. Und mit der Ausnahme der damals aufgetretenen politischen Risiken und Nebenwirkungen.

Wenn die Indizien stimmen und es sich wirklich um eine auswärtige Schuldenkrise handelte, dann ist Borchardts Befund nicht überraschend und weiterer Streit um Brüning's Sparkurs nicht nötig. Zum Bezahlen von Auslandsschulden kann man kein Geld drucken. Entweder man bestreitet diese Zahlungen aus den Überschüssen des Außenhandels, oder man ist auf auswärtigen Kredit angewiesen. Genausowenig kann ein nach außen überschuldetes Land mit Kreditschöpfung seine eigene Konjunktur ankurbeln. Das würde nämlich bei vermehrter Wirtschaftsleistung die Importe erhöhen, aber nicht die Exporte, und es stände weniger als vorher für den Schuldendienst an das Ausland zur Verfügung. Entweder muß ein solches Land auf das Wiederanziehen der internationalen Konjunktur warten oder sich durch einseitige Schuldenstreichung vom Ausland abnabeln³¹. Saß Deutschland also in der Schuldenfalle? Gab es ein Argentinien-Problem?

Aus Platzgründen kann hier kaum in die Details eingetreten werden. Nach der Ratifizierung des Young-Plans behinderte französischer und amerikanischer Druck zunächst den Lee-Higginson-Kredit, das letzte größere kommerzielle Kreditprojekt. Der

³⁰ Andeutungsweise schon K. Borchardt, "A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy." in: *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933*, hrsg. von J.v. Kruegener, Oxford 1990, S. 99-151.

³¹ Es gibt Indizien dafür, daß Deutschland sozusagen beides getan hat: Als der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte die internationale Krise ihre Talsohle bereits durchschritten. C. Buchheim, "Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit." in: *Zerrissene Zwischenkriegszeit, Festschrift Knut Borchardt*, hrsg. von C. Buchheim, M. Hutter und H. James, Baden-Baden 1994, S. 97-119; hat argumentiert, daß auch ein Aufschwung mit fortgesetzter internationaler Verflechtung der deutschen Wirtschaft möglich gewesen wäre. In der Tat darf der sogenannte NS-Aufschwung nicht als isolierte deutsche Erscheinung fehlinterpretiert werden. Vermutlich ist der Anteil bewußter Konjunktursteuerung am Aufschwung ab 1933 weit geringer, als dies in der Literatur meist unterstellt wird. Vgl. hierzu schon R. Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958. Bis 1937 ist das Sozialprodukt in den USA mit ähnlichen Jahresraten wie in Deutschland gewachsen, dies trotz einer ganz anders gearteten Finanz- und Außenhandelspolitik. Moderne Techniken der Konjunkturprognose sagen schon am Stand des Jahresendes 1932 den Wiederaufschwung in Deutschland bis 1936 vollständig und richtig voraus, vgl. Ritschl, *Krise und Konjunktur*, Kap. 2.

Vorsitzende des Währungs- und Bankenausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Louis McFadden, hatte schon während des Young-Plans lautstarke Propaganda gegen eine weitere Übernahme deutscher Anleihen durch die USA betrieben und versucht, eine Kongreßresolution zu erwirken, die den amerikanischen Banken die Übernahme von Anteilen der Young-Anleihe unmöglich gemacht hätte. So weit ging der Kongreß nicht, aber immerhin kam das State Department auf frühere Planungen zurück, weitere Anleihen an Deutschland nicht mehr zu genehmigen, allerdings ohne dies zuletzt in die Tat umzusetzen³².

Auch Parker Gilbert leistete gegen den Lee-Higginson-Kredit Widerstand. Er galt zunächst der Begebung einer weiteren deutschen Anleihe, ganz wie einige Monate zuvor beim Dillon-Read-Projekt. Dagegen fruchteten auch die Zusicherungen des Hauses Lee Higginson nichts, man denke keinesfalls an die Ausgabe von Wertpapieren, um den Kapitalmarkt nicht zu belasten, sondern wolle bei einer rein bankmäßigen Finanzierung bleiben. Parker Gilbert intervenierte bei der US-Regierung, um dieses Projekt zu blockieren, und erreichte immerhin, daß sich das Kabinett mit der Frage befaßte, allerdings ohne einen Beschluß zu fassen.

Zuletzt brachte Brüning den Lee-Higginson-Kredit doch noch zustande, allerdings nach einem wesentlichen Zugeständnis, nämlich der parlamentarischen Annahme des Schuldentilgungsgesetzes, welches das Reich zur Verringerung seiner schwebenden, kurzfristigen Schuld zwang. Damit war der Lee-Higginson-Kredit kein echter Zufluß zur Reichskasse mehr, sondern hatte sich in ein reines Umschuldungsprojekt verwandelt. Auch das brachte aber keine verbesserte Kreditwürdigkeit Deutschlands auf dem amerikanischen Anleihemarkt. Tatsächlich waren noch im Januar 1931 der Großteil der Young-Anleihe ebenso wie des Lee-Higginson-Kredits nicht von den Übernahme-konsortien übernommen worden, weil sich keine Zeichner am Markt fanden. Es handelte sich mithin um eine reine Bankfinanzierung – mit entsprechenden Folgen für deren Liquidität. McFaddens Kassandraruhe über die mangelnde Aufnahme weiterer deutscher Anleihen hatten sich also bewahrheitet.

Über ein zweites wichtiges Detail, das französische Kreditprojekt zur Abwehr des Hoover-Moratoriums im Sommer 1931, sei hier nur summarisch berichtet. Dieses Projekt hat in der Borchardt-Debatte eine gewisse Rolle gespielt, hatte es doch den

³² Hierzu und zum folgenden neuerdings: M. Wala, *Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Pittwitz und Graffon und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933*, Stuttgart 2001, S. 159 ff.

Anschein, als habe Brüning hier aus politischen Gründen eine sich bietende Gelegenheit für zusätzlichen Auslandskredit bewußt unterlaufen³³. Der französische Rettungsplan hatte allerdings den schweren Geburtsfehler, daß zwar Kredit an Deutschland gegeben werden sollte, aber nur bei Weiterlaufen der unbedingten Annuität des Young-Plans. Für Deutschland kam das kaum billiger als das Hoover-Moratorium und stellte nichts weiter dar als den Versuch, das alte System der Reparationszahlung auf Kredit aus dem Dawes-Plan wieder aufleben zu lassen.

Aus der Untersuchung von Philipp Heyde weiß man mittlerweile, daß Brüning diesen französischen Annäherungsversuchen viel stärker zugeneigt gewesen ist, als man bislang angenommen hat³⁴. Zuletzt aber wurde der amerikanische Botschafter in Berlin vorstellig und verlas den Deutschen ein Telegramm Hoovers, das sich klar gegen weiteren Kreditprojekten im Ausland aussprach³⁵.

Eine konzeptionell denkbare Alternative zu weiteren Auslandskrediten und fortgesetzter Deflation hätte in einer Abwertung der Reichsmark, also einer einseitigen Aufkündigung des Goldstandards, bestanden. Bei Nichtberücksichtigung der deutschen Überschuldung im Ausland wäre diese Option ohne Zweifel der gegebene Ausweg aus der Krise gewesen. Über diesen Punkt hat unter den Kontrahenten weitgehende Einigkeit geherrscht³⁶. Auch international haben sich Volkswirtschaften der Abwertungsländer insgesamt rascher von der Krise erholt als diejenigen des sogenannten Goldblocks³⁷. Allerdings setzten die Regelungen der Stillhalteabkommen und die Bedingungen des Hoover-Moratoriums einer solchen Strategie von vornherein engste Grenzen: Eine Abwertung wäre als Versuch einer einseitigen Änderung der Spielregeln aufgefaßt und mit Kündigung der Stillhaltung sowie massiven Kapitalabzügen beantwortet worden.

³³ Vgl. zu dieser Debatte schon K. Borchardt, "Zwangslagen und Handlungsspielräume ..."; sowie C.-L. Holtfrerich, "Alternativen zu Brünings Politik ...?"; C.-L. Holtfrerich, "Policy of Deflation ..."; sowie K. Borchardt, "A Decade of Debate ...".

³⁴ P. Heyde, *Das Ende der Reparationen*, S. 224.

³⁵ Akten der Reichskanzlei Brüning, Dok. 416 v. 29.7.1931. Zur Motivation vgl. schon Helbich, *Reparationen*; S. 82 f.

³⁶ K. Borchardt, "Zur Frage der währungspolitischen Optionen ..."; C.-L. Holtfrerich, "Alternativen zu Brünings Politik ...?"; K. Borchardt, "Could and Should Germany Have Followed Britain in Leaving the Gold Standard?", *Journal of European Economic History* 13 (1984), S. 471-498.

³⁷ Hierzu schon B. Eichengreen und J. Sachs, "Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s.", *Journal of Economic History* 45 (1985), S. 925-946 sowie B. Bernanke und H. James, "The Gold Standard, Deflation, and Financial Crisis in the Great Depression: An International Comparison." in: *Financial Markets and Financial Crisis*, hrsg. von G. Hubbard, Chicago 1991, S. 33-68.

Gegeben den Young-Plan war es also die beste Strategie, einerseits Erfüllungspolitik zu betreiben, und das heißt Deflationspolitik, andererseits aber vorsichtig in die Revision des Young-Plans einzusteigen, immer ohne das Ausland zu Gegenmaßnahmen zu reizen. Je länger der Young-Plan die deutsche Zahlungsbilanz in der Krise vorbelastete, um so weniger war an neuen Auslandskredit zu denken. Brüning deflationierte nicht, um eine Revision zu erzwingen, sondern umgekehrt, weil und solange sie nicht zu erzwingen war. Brünings Spiel mit dem Feuer in Gestalt der mißratenen deutsch-österreichischen Zollunionspläne im Frühjahr 1931 und der Drohung mit einem einseitigen Moratoriumsschritt vor dem Besuch in Chequers hatte die Folgen unbedachter einseitiger Schritte gerade eben erst gezeigt³⁸

Dasselbe gilt für die Planungen für die Zeit nach dem Young-Plan. Die Deflationsmaßnahmen hatten zum Ziel, langfristig Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen³⁹. Das hatte dann einen Sinn, wenn nach der Depression ein weitgehend freier Kredit- und Warenverkehr rekonstruiert wurde – immer mit dem Gedanken, nach einem Wegfall der Reparationen neuen internationalen Kredit nach Deutschland ziehen zu können. Brüning setzte im Frühjahr 1932 Hoffnungen auf solche Kredite. Eine fünfte Notverordnung war geplant, mit der Anleihermächtigungen im Umfang von 1,5 Mrd. RM ausgegeben werden sollten. Nach einem erhofften Ende der Reparationen und dem Wegfall der dadurch entstehenden Devisenbelastungen konnte damit sofort das Steuer herumgeworfen werden, ganz wie es Schumpeter in seinem Zeitungsbeitrag ausgedrückt hatte, und eine Kreditausweitung in Angriff genommen werden. Das Projekt scheiterte an einem auf nationalsozialistische Initiative erfolgten Einspruch des Reichsschuldenausschusses, der darin, juristisch wohl nicht unzutreffend, einen Verfassungsbruch sah⁴⁰.

Allerdings sorgte die intensiver werdende Berliner Diskussion um die Arbeitsbeschaffung im Spätwinter 1932 bei den Stillhaltegläubigern, die um die Sicherheit ihrer Kredite besorgt waren, für erhebliche Irritationen. Zuletzt hat der Widerspruch zwischen der wachsenden Ungeduld innerhalb der Regierung und wachsendem Mißtrauen der Gläubiger zur Destabilisierung des Kabinetts Brüning beigetragen.

³⁸ Vgl. dazu P. Heyde, *Das Ende der Reparationen*, S. 149 ff., H. Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler*, Kap. 2.

³⁹ Beredt hierzu die Tagebücher Hans Schäffers; vgl. etwa E. Wandel, *Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen*, Stuttgart 1974.

⁴⁰ Zu den Details Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur*, S. 173 ff.

Nach Lage der Dinge mußte unter dem Young-Plan jeder Vorschlag zur Kreditexpansion voraussetzen, daß die Bedingungen des Young-Plans aufgehoben waren. Das wäre ohne ein einseitiges Moratorium auf die Auslandsverschuldung nicht durchführbar gewesen⁴¹, hätte aber später zur Abwendung von Sanktionen der Reparationsgläubiger den Marsch in die Autarkie und die Umlenkung des Handels weg von den Gläubigernationen bedeutet. Das aber war nichts anderes als eine Verwirklichung des wirtschaftspolitischen Programms der extremen Rechten. Oder ein einseitiger Schritt mußte sich bei der noch fortbestehenden Kreditverflechtung mit dem Ausland und unter dem ausländischen Druck auf eine Fortsetzung der Austeritätspolitik als undurchführbar erweisen: Die Kontroverse der Zeitgenossen um die Fortsetzung der Erfüllungspolitik oder eine Hinwendung zur Autarkie fällt zusammen mit Knut Borchardts Frage nach den Zwangslagen und Handlungsspielräumen Brüning's während der Krise der frühen dreißiger Jahre.

Die Kontroverse um die Borchardt-Thesen ist streckenweise mehr ein Streit um die Wirkungen der Weimarer Wirtschaftsmalaise gewesen als um ihre Ursachen. Borchardt wies auf den ungewöhnlichen Umstand hin, daß das Reich während der Weltwirtschaftskrise nur äußerst mühsam Zugang zu Krediten bekam und an eine Kreditausweitung zur Konjunkturstützung nicht denken konnte. Er vermutete, daß dieses Problem mit wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in den Vorjahren zu tun hatte. Eine Krise vor der Krise sollte den wirtschaftlichen Absturz der Jahre 1931 und 1932 erklären. Borchardt bot hierfür eine Auswahl von Symptomen an, Lohnkosten und Investitionsraten vor allem. Weitgehend haben sich seine Befunde bestätigt, insofern ist die Borchardt-Kontroverse heutzutage beendet.

Neue Gesichtspunkte haben sich in den letzten Jahren vor allem durch Arbeiten zur Außenwirtschaft und der Reparationspolitik der Weimarer Zeit ergeben. So wie Borchardt dafür plädierte, die Krise der frühen dreißiger Jahre gedanklich mit der ungesunden Konjunktur der späten zwanziger Jahre zu verbinden, verweisen diese Arbeiten auf einen Zusammenhang zwischen den Bedingungen des Young-Plans in den

⁴¹ Vgl. hierzu die Expertendebatte auf einer von der Reichsregierung einberufenen Sachverständigenkonferenz im Herbst 1931, in der einhellig Kreditexpansion als unvereinbar mit dem Fortbestehen der währungspolitischen Restriktionen bezeichnet wurde, dokumentiert in K. Borchardt und O. Schötz, *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich-List- Gesellschaft im September 1931 über die Möglichkeit und Folgen einer Kreditausweitung*, Baden-Baden 1987. Vgl. auch K. Borchardt, "Politikberatung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft" in: *Die deutsche Staatskrise 1930-1932*, hrsg. von H.A. Winkler, München 1992, S. 109-132.

frühen dreißiger Jahren und des Dawes-Plans in den späten zwanziger Jahren. Tatsächlich ist das eine das Gegenstück des anderen. Setzt man, wie das hier skizziert wurde, die Ergebnisse beider Diskussionen zueinander in Beziehung, so ergibt sich ein neues Gesamtbild. Borchardts These von den Zwangslagen während der Krise erklärt sich, wenn man die heraufziehende äußere Schuldenkrise unter dem Young-Plan in Betracht zieht. Dann ist die innere Schuldenkrise nurmehr eine Begleiterscheinung der äußeren, eben der „innere Young-Plan“, wie das gelegentlich genannt worden ist. Borchardts These von der Krise vor der Krise hängt dagegen mit dem deutschen Kreditausgleich der mittleren zwanziger Jahre zusammen. Weil amerikanische Kredite ins Land kamen und selbst Abzug der Reparationen noch etwas davon übrig blieb, konnte Deutschland sich vorerst unbesorgt hohe Lohnkosten und eine großzügige Sozialpolitik leisten, ohne wie in England mit einer wirtschaftlichen Dauerkrise konfrontiert zu werden. – Hier kann nur angedeutet werden, welchen anderen Verlauf die Weltwirtschaftskrise hätte nehmen können, wenn man in den zwanziger Jahren eine vorsichtigeren Kreditpolitik betrieben hätte⁴². Immerhin hatte Brüning schon 1926 die damalige Ausgabenpolitik wegen ihrer Vorbelastung der Zukunft unter den Zwängen der Reparationen kritisiert; aus heutiger Sicht muß dieser Kritik zugestimmt werden⁴³.

Allerdings mag man sich die Frage vorlegen, ob eine politische Stabilisierung oder gar „Goldene Jahre“ Weimars ohne amerikanische Kredite möglich gewesen wären. Es hat in Deutschland Wählermehrheiten für eine wirkliche wirtschaftliche Erfüllungspolitik nicht gegeben, nicht in den mittleren zwanziger Jahren und erst recht nicht während der Großen Krise. Für die Durchsetzung der Stabilisierung war schon 1923 das Notverordnungsrecht in bedenklichem Maß in Anspruch genommen worden; dies wiederholte sich ab Juli 1930, als es keine Reichstagsmehrheit für die wirtschaftliche Umsetzung des Young-Plans gab. Brünings technokratischer Ansatz zur Erfüllungspolitik ist mit gewissem Recht als „unpolitische Politik“ dargestellt worden⁴⁴. Sie war insofern tatsächlich unpolitisch, als sie die Legitimationszwänge in ei-

⁴² Hierzu ausführlicher A. Ritschl, „Reparation Transfers, the Borchardt Hypothesis, and the Great Depression in Germany 1929-1932: A Guided Tour for Hard-Headed Keynesians.“, *European Review of Economic History* 2 (1998), S. 49-72 .

⁴³ Zu Brünings Standpunkt R. Morsey , „Brünings Kritik an der Reichsfinanzpolitik 1919-1929.“ in: *Geschichte, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Clemens Bauer*, hrsg. von E.Hassinger u.a., Berlin 1974, S. 359-373. Zur Einordnung, allerdings mit schwankendem Urteil: D. Hertz-Eichenrode, *Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings*, Frankfurt am Main 1982.

⁴⁴ K.-D. Bracher, „Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik.“, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 113-123.

nem parlamentarischen System ignorierte, die auch nach seiner Einmottung im Herbst 1930 fortbestanden und sich zunehmend gewaltsam außerhalb des parlamentarischen Rahmens kundtaten. Hochpolitisch allerdings war sie darin, richtig zu erkennen, daß der gesamte Bewegungsspielraum deutscher Budget-, Geld- und Kreditpolitik vom Young-Plan abhing, und darum die Erfüllung und allenfalls eine Revision des Young-Plans durch Nachverhandlung zur obersten Priorität deutscher Politik zu erheben.

Eine andere als die ab 1930 tatsächlich geübte Politik Brüning's unter dem Notverordnungsregime braucht allerdings nicht ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. Jede aktivere Konjunkturpolitik hätte einen frühzeitigen und nach Lage der Dinge einseitigen Bruch mit dem Young-Plan vorausgesetzt und damit eine Kapitulation vor dem außenwirtschaftlichen Programm der extremen Rechten. Mit der Drohung einer Machtbeteiligung des deutschen Faschismus seit der Septemberwahl von 1930 lag die wirkliche Alternative zu Brüning's Kurs klar zutage. Ohne Brüning's Sturz Ende Mai 1930 wäre eine Erholung Deutschlands von der Krise ohne Hitler denkbar gewesen – die Legislaturperiode lief immerhin bis September 1934. Das Zurückdrängen des Parlaments in der Periode Brüning spiegelt lediglich den prinzipiellen Zwiespalt zwischen Sozialstaatspolitik und außenwirtschaftlicher Erfüllungspolitik wieder, der die Weimarer Republik von Beginn an geprägt hatte. Gefangen zu sein zwischen außenpolitischer Staatsräson und der Schaffung einer innenpolitischen Legitimationsbasis, dieses Dilemma hat im Kern die Zwangslagen und Handlungsspielräume der deutschen Wirtschaftspolitik seit den Anfängen der Weimarer Republik bestimmt.